

Risikokapital und Bildung fördern, aber richtig!



Von Nationalrat Hans Kaufmann
Wirtschaftsberater, Wettswil

Eisberge verschwinden nicht, selbst wenn man auf der Titanic die Musik etwas lauter stellt und schneller tanzt. Auch die Schweiz fährt mit ungebremseter Geschwindigkeit auf Eisberge zu. Wenn wir nicht innert Kürze die Kraft für eine umfassende Steuer- und Finanzreform aufbringen, werden wir einen Abstieg unseres Landes in Raten erleben. Wenn einmal mehr als 50% der Stimmberechtigten über 50 Jahre alt sind, und dies ist bald der Fall, dann werden vor allem Reformen im Sozialbereich nicht mehr durchführbar sein.

Ausgangspunkt der Finanzpolitik ist die heutige Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Steuern und Abgaben in Höhe von über 50% des Bruttoinlandprodukts (BIP). Wenn das Wachstum des Staates und der Sozialwerke, wie in den letzten Jahren, rund doppelt so hoch ausfällt wie jenes des Bruttoinlandprodukts, dann werden die Einnahmen des Staates und der Sozialwerke in 25 Jahren unser BIP übersteigen. Die Krise wird uns aber bereits in 5 bis 10 Jahren erreichen, wenn die Anzahl der Arbeitskräfte – und da-

mit auch der Steuer- und der Beitragszahler an die Sozialwerke – schrumpft. Bis anhin ist die Rentnerzahl zwar jedes Jahr gewachsen, aber auch die Zahl der Beitragszahler. Ab ca. 2012 wird sich jedoch eine Schere öffnen. Konkret bedeutet dies, dass die AHV-Beiträge bis 2030 um 47% ansteigen müssen, um das heutige Rentenniveau zu halten, weil einer grösseren Zahl von Rentnern eine kleinere Zahl von Beitragszahlern gegenübersteht.

Die Immigration kann den Arbeitskräfterrückgang nicht kompensieren, vor allem nicht die Einwanderung von Unqualifizierten, die unsere Sozialwerke noch zusätzlich belasten. So ist z.B. heute schon jeder fünfzehnte Ausländer in der Schweiz arbeitslos. Wir müssen uns in den nächsten Jahren vielmehr mit der Frage beschäftigen, wie die Schweiz intelligent schrumpfen kann, d.h., wie wir die Produktivität steigern können, um den Arbeitskräfteschwund zu kompensieren.

Steuerliche Entlastung von Risikokapital

Produktivitätsfortschritte setzen in der Regel einen höheren Kapitaleinsatz und eine gute Ausbildung voraus. Deshalb sollten das Risikokapital und der Bildungssektor gefördert werden. Beim Risikokapital steht die steuerliche Entlastung im Vordergrund, denn ohne hohe Gewinnchancen besteht wenig Anreiz für das Unternehmertum. Die Idee, die Unternehmensbesteuerung gänzlich abzuschaffen, ist ernsthaft zu prüfen. Im Endeffekt bedeutet eine Unternehmensbesteuerung eine Besteuerung von Arbeitsplätzen. Eine Abschaffung würde vor allem die KMUs massiv von administrativen Arbeiten, wie der Führung einer Buchhaltung für das Steueramt und einer weiteren für den Unternehmer, aber auch vom Ausfüllen komplizierter Steuerformulare entlasten.

Anstelle von Unternehmenssteuern könnte man eine Infrastrukturbenüt-

zungsabgabe, eine verursachergerechte Steuer, einführen. Als ersten Schritt zur Besserstellung von Unternehmen mit Arbeitsplätzen in der Schweiz sollte man den Unternehmen pro Beschäftigten einen Abzug von z.B. 10'000 Franken vom steuerbaren Einkommen gewähren.

Effizienzsteigerung und mehr Wettbewerb bei der Bildung

Bei der Bildung stehen Effizienzsteigerung und mehr Wettbewerb im Vordergrund, nicht die Bereitstellung von neuen Finanzmitteln. Wie im Gesundheitswesen sollte in der Bildung der Patient, d.h. der Student, finanziell gefördert werden, nicht das Spital, d.h. die Universität. Deshalb sind auch steuerliche Anreize zu gewähren. Die Chinesen demonstrieren uns die politischen Prioritäten mit ihrem Flat-tax-System: Wer in Hongkong eine Steuererklärung ausfüllt, kann nur zwei Abzüge machen: einen limitierten Abzug für persönliches Wohneigentum (Altersvorsorge) und unbegrenzte Abzüge für die Ausbildung.

Mehr Wettbewerb steht nicht notwendigerweise im Gegensatz zur Zentralisierung gewisser Funktionen. So könnte man die Prüfungen zentralisieren, aber die Leistungserbringung weiterhin den Kantonen überlassen. Auch das Bildungswesen wird von der demographischen Entwicklung eingeholt werden. In den nächsten 7 bis 10 Jahren wird die Anzahl der Primarschüler um 10%, der Bedarf an Lehrern um 5000 abnehmen. Später wird sich dieser Trend an den Hochschulen fortsetzen. Deshalb ist es unverständlich, dass man heute noch neue Universitäten baut. Eine Konzentration in der höheren Bildung ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. •

Die Idee, die Unternehmensbesteuerung abzuschaffen, ist ernsthaft zu prüfen.